

BERND WEISS



**PLACEBO
POLITIK**

**Warum Politiker alles tun,
nur nicht das Nötige**

HEYNE <

Zum Buch

Viel zu oft wird Politik von glatt geschliffenen Parteisoldaten ohne Profil betrieben. Dabei stehen wir vor riesigen Aufgaben: Eine Wirtschaft, die eher auf Finanzwetten denn auf Wertschöpfung beruht, ein Sozialsystem, das auf Schulden basiert – unser ganzes gesellschaftspolitisches System wankt. Um hier Antworten zu geben und um den richtigen Weg zu finden, braucht es Politiker mit Haltung auch bei Widerständen, mit Courage beim Gestalten. Bernd Weiß deckt anhand vieler aktueller Beispiele und eigener Erfahrungen auf, woran unser politisches System krankt. Eine schonungslose Analyse der Politik und ihrer Protagonisten – von Angela Merkel bis zum CSU-Kreisvorstand.

Ein ungemein bestechendes Bekenntnis zu einer Politik der Überzeugungen, der Leidenschaft und des mutigen Streits um die Sache!

Zum Autor

Bernd Weiß, Jahrgang 1968, ist promovierter Jurist und kennt den Weg durch die Hierarchie einer Partei aus über 25 Jahren Erfahrung in politischen Ämtern. Er war von 2003 bis 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags, ab 2008 Staatssekretär des Bayerischen Innenministeriums. Von diesem Amt trat er 2009 nach einer Auseinandersetzung mit Horst Seehofer zurück. Bernd Weiß leitet heute eine Notarskanzlei, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

BERND WEISS

**PLACEBO-
POLITIK**

Warum Politiker alles tun,
nur nicht das Nötige

HEYNE <

Der Inhalt dieses E-Books ist urheberrechtlich geschützt und enthält technische Sicherungsmaßnahmen gegen unbefugte Nutzung. Die Entfernung dieser Sicherung sowie die Nutzung durch unbefugte Verarbeitung, Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung, insbesondere in elektronischer Form, ist untersagt und kann straf- und zivilrechtliche Sanktionen nach sich ziehen.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten, so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.

Copyright © 2015 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,
Neumarkter Str. 28, 81673 München.

Redaktion: Thomas Bertram

Umschlaggestaltung und Motiv: Hauptmann & Kompanie
Werbeagentur, Zürich

Satz: Leingärtner, Nabburg

e-ISBN: 978-3-641-16195-8

V002

www.heyne.de

Inhalt

Nicht böse, nur banal

ERSTER TEIL

Worum es in der Politik geht

Von Nieten und Nadelstreifen: die Generation Chaos

Das Placebo: die Politik der Problem-Messis

Das Genie beherrscht das Chaos, das Placebo schafft es

Kein Stuhl bleibt lange unbesetzt

Neuland Internet

Never change a running system?

... und aus dem Chaos entsteht: der patriotische Europäer

ZWEITER TEIL

Wie man zum Politiker wird

Über den Entschluss, Politiker zu werden

Von der Lüge zum Selbstbetrug

Die Galaxis Berlin

Zahnlose GroKo-dile sind nur bedingt abwehrbereit

DRITTER TEIL

Wie politische Führung funktioniert

Kognitive Dissonanz, oder: schwarz gewählt und rot regiert

Die Theorie: schön, wenn auch mal einer widerspricht

Die Praxis: der Ober sticht den Unter

Nicht *was* man sagt, sondern *wer* es sagt

Zuckerbrot und Peitsche und die Schwächen im Abschluss

VIERTER TEIL

Wer welchen Einfluss auf unser Handeln hat

Chaostheorie

Von Schweinegrippe und Schweinesystemen

Das Rennen zwischen Hase und Igel, zweite Runde: der Maulwurf greift ein

Yes, Minister

FÜNFTER TEIL

Was wir alle lieber ausblenden

Ein Kontrollfreak gelangt an seine Grenzen

Das ultimative Placebo: die Mitmach-Partei

Der Fortschritt ist eine Schnecke

... nur reichlich desillusioniert

Nicht böse, nur banal

»Ich gehöre einem Hause an, das bis 1806 reichsunmittelbar war.«

Es wurde schlagartig still im Saal 4 des Maximilianeums, dem angestammten Tagungsraum des Arbeitskreises für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

So etwas kommt selten vor im geschwätzigen parlamentarischen Alltag mit seinen Sitzungen, Konferenzen, Gesprächsterminen. Ist man nicht direkt von dem betroffen, was gerade durchgekaut wird, sitzt man meist nur dabei, macht seine Post, checkt Mails, simst mit der Geliebten, schwätzt mit dem Nachbarn oder macht sonst was Unaufschiebbares, bis das Stichwort kommt und der eigene Tagesordnungspunkt an der Reihe ist. Dann kann man es hinter sich bringen und herunterbeten, was einem der Landtagsbeauftragte des einschlägigen Ministeriums aufgeschrieben hat. Bis dahin macht man irgendetwas, um sich die Zeit zu vertreiben, die im Parlament mehr oder weniger unproduktiv abzusitzen man vom Wählerwillen verurteilt worden ist.

Die wirklich wichtigen Dinge, das, was der Wähler von seinem Abgeordneten erwartet, passieren ohnehin nicht hier. Die Versetzung oder Beförderung eines Beamten aus dem eigenen Wahlkreis, der extra deswegen in die Partei eingetreten oder der Schwiegersohn eines verdienten Parteifunktionärs ist, die Umgehungsstraße für den Bürgermeister, der Angst um seine Wiederwahl hat, der Zuschuss für den Unternehmer, von dem man sich eine

schöne Spende für die nächste Wahlkampagne erwartet – all das kungelt man unter vier Augen mit dem Minister oder Staatssekretär aus. Dafür gewöhnt man sich daran, dass aus dem Parlament heraus keine eigenen Gesetzesvorschläge kommen – jedenfalls nicht aus der Regierungsfraktion –, sondern dass man durchwinkt, was einem Brüssel vorgibt und was von der eigenen Ministerialverwaltung mit ein paar schönen Zusätzen garniert wird. Es ist genau so, wie Ludwig Thoma es in seinen Filser-Briefen beschrieben hat: »... dass wir Abgeordneten im Parlament keine großen Reden zu halten haben, sondern das Maul.«

Man stumpft ab beim Gequatsche der Opposition, die an allem und jedem ständig etwas herumzumäkeln hat. Die Argumente hört man sich schon lange nicht mehr an. Gewinnt halt die nächste Wahl! Dann habt ihr das Sagen und könnt es machen, wie ihr es euch vorstellt. Jetzt sind wir dran und sagen, wo's langgeht!

Wenn es unter solchen Umständen wirklich einmal still wird im Saal, dann weiß derjenige, der in diesem Moment zu reden anhebt, dass er mit seiner Einleitung einen entscheidenden Punkt getroffen hat und dass ihm die ungeteilte Aufmerksamkeit des Plenums sicher ist.

In dem Sitzungssaal, der den schon etwas angestaubten braun-pastelligen Charme seiner letzten Renovierung Ende der Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts atmete, richteten sich alle Blicke auf Sebastian Freiherr von Rotenhan, fränkischer Landedelmann mit Geschichts- und Standesbewusstsein, direkt gewählter Abgeordneter des Stimmkreises Haßberge/Rhön-Grabfeld im Bayerischen Landtag und einer der wenigen in der Runde, der kein studierter Jurist war.

Dem Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts, Dr. Peter Gummer, einem distinguierten älteren Herrn, den an diesem Tag etwas von der Tragik des Letzten der Mohikaner umwehte, traten erkennbar die Fragezeichen in die Augen.

Ich saß unmittelbar neben Rotenhan und dachte mir nur: Was kommt denn jetzt?

Die Sitzung war anberaumt worden, damit sich der Arbeitskreis eine Meinung bilden konnte über die geplante Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts. In seiner ersten Regierungserklärung nach der mit Zweidrittel-Mandatsmehrheit triumphal gewonnenen Landtagswahl hatte Ministerpräsident Edmund Stoiber im November 2003 kurzerhand, fast mit einem Nebensatz, angekündigt: »Das Bayerische Oberste Landesgericht wird abgeschafft!« Fast hörbar mitgesprochen: »Punkt!«

Stoiber hatte in dieser berühmt-berüchtigten Regierungserklärung einen harten Spar- und Reformkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis zum Jahr 2006 sowie Reformen zur Verschlinkung der Staatsorganisation angekündigt. Er wollte zeigen, dass man nicht nur bei den Indianern, sondern auch bei den Häuptlingen sparen würde. Deswegen sollten nicht nur kleine Beamtenstellen, sondern auch Spitzenpositionen gestrichen werden.

Beim Bayerischen Obersten Landesgericht gab es eine ganze Menge großer Häuptlinge. Also weg damit. Die Idee fand er damals ziemlich gut.

Zum Minister für Verwaltungsreform machte er seinen Staatskanzleichef Erwin Huber.

Auch die Idee fand er damals, drei Jahre vor Hubers Putsch in Wildbad Kreuth, gut.

Huber wiederum versuchte sogleich, das aus seiner Sicht kleinliche Gequengel der Beamtenschaft über die große Reform mit dem markigen Spruch abzutun: »Wer einen Sumpf trockenlegen will, darf nicht die Frösche fragen.« Chinesische Sprichworte und alles, was so ähnlich klang, waren zu jener Zeit ungeheuer angesagt und ließen den, der sie im Munde führte, modern und weltläufig wirken.

Die Beamten fanden die Idee trotzdem nicht ganz so gut. Wie auch immer, wir steckten jedenfalls mitten im Getümmel.

Die apodiktische Kürze, mit welcher der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung einen Eingriff in die Justizorganisation verkündete, brachte bundesweit nicht nur »gelernte« Juristen auf die Palme. Die Unabhängigkeit der Justiz und ihre besondere Stellung im Gefüge der Gewaltenteilung sind in einem Rechtsstaat ein hohes Gut, und so gab es gehörigen Diskussionsbedarf.

Wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, landete die Sache zur Beratung im Fachausschuss des Bayerischen Landtags für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen. Zur Vorbereitung der Ausschusssitzungen tagen regelmäßig die sogenannten Arbeitskreise. In diesen Arbeitskreisen trifft man sich fraktionsintern zur Vorberatung der Tagesordnung für die nächste Ausschusssitzung oder auch zur internen Vorbesprechung größerer anstehender Themen aus dem jeweiligen Arbeitsbereich. So kam es, dass wir bei dieser Sitzung des CSU-Arbeitskreises für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen neben dem Präsidenten Gummer auch den Generalstaatsanwalt und die Personalratsvorsitzende des Gerichts zu Gast hatten, die uns ausführlich von der besonderen Bedeutung des »Bayerischen Obersten« und

der Stimmung in der bayerischen Justiz nach Stoibers hemdsärmeliger Ankündigung berichteten.

Der Präsident hatte eben geendet, und der Leiter des Arbeitskreises, Peter Welnhofer, selber ehemaliger Verwaltungsrichter und wegen seines juristischen Sachverstands zum Justiziar der CSU-Landtagsfraktion aufgestiegen, erteilte uns, seinen Landtagskollegen, das Wort für Nachfragen. Noch bevor wir anderen, Juristen allesamt, uns nach den eindringlichen Schilderungen unserer Gäste innerlich sortiert hatten, schnellte bereits der Arm von Sebastian von Rotenhan in die Höhe.

Rotenhan, ein baumlanger, stämmiger Mann mit einer kräftigen Stimme, deren Tonfall ihn als gänzlich unbeeindruckt von dem eben Gehörten auswies, fragte also in Richtung des Präsidenten Gummer: »Ich gehöre einem Hause an, das bis 1806 reichsunmittelbar war. Und weil ich hier im Ausschuss wahrscheinlich der einzige Nichtjurist bin, habe ich vor dieser Sitzung einmal die Annalen meiner Familie zurate gezogen. Bis 1806 hatte meine Familie die sogenannte niedere Gerichtsbarkeit. Als man uns diese damals genommen hat, so ist von meinem Urururgroßvater zu lesen, machte der sich große Sorgen, weil damals so etwas wie Bildung noch weitgehend dem Adel vorbehalten war und im einfachen Volk die wenigsten überhaupt lesen und schreiben konnten. Woher sollten denn all die Richter kommen, die diese Patrimonialgerichtsbarkeit des Adels in der Fläche auf einmal ersetzen sollten? Mein Urahn befürchtete, dass damit die Rechtspflege in Deutschland untergehen müsse.«

Kunstpause. Steigende Spannung. Schlusspunkt:

»Wie man an Ihnen sieht, Herr Präsident, hat die Rechtspflege das nicht getan. Und jetzt erklären Sie mir,

wieso die Rechtspflege untergehen soll, wenn wir in einer Zeit wie der unseren Ihr Gericht abschaffen?»

So wie der Präsident in diesem Moment schauen wohl die sprichwörtlichen Eichhörnchen, wenn es blitzt. So etwas nennt man »Totschlagargument«. Ich musste an mich halten, um nicht laut loszulachen, denn bei allem Ernst der Situation fand ich die Gedankenführung einfach so entwaffnend, dass mir erst einmal nichts mehr dazu einfiel. Und Peter Welnhofer, der durchaus mit viel hintergründigem Humor gesegnet war, ruderte sichtlich, um die Wogen der Betroffenheit über diesen leichtfertigen Umgang mit einem so schwierigen Thema wieder zu glätten. Nun war, bei Lichte besehen, sicher etwas dran an dem Argument, das Gericht rechtfertige seine Existenz, die eine Besonderheit in der deutschen Gerichtsorganisation darstellte, vor allem damit, dass es Beförderungsstellen für die bayerische Justiz biete, in der es nicht sehr viele Aufstiegsmöglichkeiten gab. Ich selbst konnte durch meinen Zivilberuf als Notar zwar ermessen, dass das Gericht bundesweit Maßstäbe setzte mit seiner Rechtsprechung im Bereich der sogenannten Freiwilligen Gerichtsbarkeit, aber das war eher eine sehr spezielle Nische. Und warum unsere höchst dotierten Richter und Staatsanwälte sich ansonsten den Kopf zerbrechen sollten über Einsprüche in Ordnungswidrigkeitsverfahren und über die Revision von strafrechtlichen Urteilen, bei denen in erster Instanz die Amtsgerichte zuständig waren – es sich somit nicht gerade um Fälle von Schwerstkriminalität handelte –, leuchtete mir nicht ein. Das bayerische Landes-Zivilrecht, für welches das Gericht außerdem noch zuständig war, führte ohnehin nur noch ein Schattendasein.

Der Vorwurf, Stoiber beende mit seinem Verdikt die 350-jährige Tradition eines Gerichts, das in dieser langen Zeit

nur ein einziges Mal, nämlich von den Nazis, abgeschafft worden war, hatte dagegen in seiner Reflexhaftigkeit etwas Albernes. So, als sei das Gericht schon alleine deshalb als Bollwerk gegen diktatorische Zustände geädelt worden, weil die Nazis unter anderem auch die Gerichtsorganisation gleichschalteten. Meine Vorfahren haben mit Ausnahme der Zeit zwischen 1933 und 1945, als mein Urgroßvater zuerst von den Nazis abgesetzt und dann von den Amerikanern wieder eingesetzt wurde, über mehr als hundert Jahre den Bürgermeister in meinem Heimatdorf gestellt, ohne dass deswegen jemand auf die Idee käme, meine Familie in die Nähe der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 zu rücken.

Über all dies hätte man diskutieren können, ja sogar *müssen* im sensiblen Bereich an der Schnittstelle zwischen Exekutive und Legislative. Sollte jede Diskussion mit diesem einen Argument verpuffen können? Diese Geschichte aus meinen parlamentarischen Anfangstagen steht am Anfang meines Buches, weil die Verwendung solcher Argumentationsketten – pfiffig, pointiert, für jeden sofort verständlich, auf den ersten Blick kaum zu widerlegen und damit geeignet, den entscheidenden Punkt zu treffen, aber doch am eigentlichen Thema vorbei – eine wesentliche Ausprägung des Problems darstellt, um das es gehen soll. Rabulistik, Showeffekte und rhetorisches Blendwerk verdrängen in der Politik unserer Tage die Auseinandersetzung mit Inhalten.

Sebastian von Rotenhan war und ist eigentlich nicht »so einer«. Er ist das genaue Gegenteil des Politikertypus, von dem ich in diesem Buch erzählen will. Er ist aufrecht bis weit über die Grenze zur Sperrigkeit hinaus. Die klaren Ansagen in seinen Wortmeldungen bei fast jeder Fraktionssitzung wurden gefürchtet von denen, die sich für

die großen Häuptlinge hielten. Aber selbst ein solch unabhängiger Kopf ist nicht ganz frei davon, die Arbeitsweise zu übernehmen, die um ihn herum als Regel der Kunst gilt. Das sagt viel aus über die verborgene, unsichtbare Seite des großen Spiels um die Macht.

Die dunkle Seite der Macht ist, ans Licht gebracht, keineswegs jene Inkarnation des Bösen, wie man sie beispielsweise aus der *Star Wars*-Trilogie kennt. Unsere dunkle Seite der Macht zeigt in ihrer Banalität oft einfach nur absurde, realsatirische Züge. Letztlich geht es darum, sich durchzusetzen und am Ende recht zu bekommen, um dranzubleiben um jeden Preis.

Regierungskunst – oder besser Herrschaftstechnik – erschöpft sich darin, aus schwierigen Situationen herauszukommen, in die man vorher nur allzu oft aus purem Eigenverschulden hineingestolpert ist, ohne dass der Bürger etwas merkt. Abzulenken davon, dass man in der Sackgasse steckt oder gar vom Thema nichts versteht – oder dass es einen oftmals gar nicht interessiert –, aber als fürsorglicher Staatsmann wahrgenommen zu werden. Den Eindruck zu erwecken, immer und in jeder Situation Herr der Lage zu sein. Den einmal eingeschlagenen Holzweg beherzt zu Ende zu gehen. Politik nur noch vordergründig zu betreiben, um die eigene Existenz zu rechtfertigen. Sich dabei mit Vorliebe der kleinen Sorgen der »einfachen Menschen von der Straße« anzunehmen, damit man beschäftigt wirkt und sich nicht mit den großen Problemen auseinandersetzen muss, mit denen man die Wähler vielleicht verschrecken würde. Soweit man überhaupt Problembewusstsein entwickelt und einem darüber hinaus noch so etwas wie ein Lösungsansatz einfällt. Die Darstellung von Politik wird zum Placebo für das Machen von Politik.

Ich will mich in diesem Buch bewusst nicht mit Kommunalpolitikern befassen, die heutzutage ihre liebe Not haben mit den Vorgaben der sogenannten »großen Politik« und die mit dem Versuch, deren Placebo-Politik weiterzuspielen, bei ihren Bürgern sofort auffliegen würden. Denn die Bürger wollen konkrete Lösungen vor Ort für konkrete Probleme.

Ich will mich auch weniger mit den sogenannten »kleineren Parteien« beschäftigen, die eher noch von Themen und Ideologien geprägt sind und sich an diesen auch tatsächlich abarbeiten. Meine Beobachtungen betreffen in erster Linie die »großen Volksparteien« Union und SPD, von denen ich eine, die CSU, in der gesamten Breite ihrer Ausprägung und fast bis ganz nach oben durchlaufen habe. Diese Volksparteien sollten eigentlich jede für sich der Kern eines gesellschaftlichen Lagers sein, und aus dem Widerstreit dieser Lager sollte im Idealfall etwas Positives für Staat und Gesellschaft entstehen. Stattdessen drängeln sie sich in der Mitte, werden einander immer ähnlicher, bis fast keine Unterschiede mehr erkennbar sind, und sind nicht zuletzt deshalb inzwischen fast dazu verdammt, auf Bundesebene gemeinsam zu regieren, weil sich keine andere tragfähige Mehrheitsstruktur mehr finden lässt – keine »Machtoption«, wie das im Fachjargon heißt.

Ich behaupte: Die Politiker, die in diesen »großen Volksparteien« sozialisiert wurden, wollen auch gar keine Machtoption mehr. Dazu müsste man Stellung beziehen. Das aber ist karriereschädlich. Sie wollen eine Karriereoption. Weshalb sie häufig das machen, was eigentlich den Kommunalpolitikern vorbehalten ist: Sie kümmern sich um die kleinen Alltagsdinge statt um die großen Linien. Wenn sie dann noch für den Einzelfall

wahllos Grundsätze verbiegen, erweckt das den Anschein, als täten sie etwas Wichtiges. Garniert wird diese Politik gerne mit dem Satz: »Es geht doch in erster Linie immer um die Menschen.«

In Wirklichkeit tut man aber nicht das, wofür man eigentlich gewählt worden ist. Putin führt Krieg um die Ostukraine, der IS enthauptet reihenweise Menschen, Griechenland stürzt sich kopfüber in die Staatspleite - und unsere Politiker antworten darauf sinngemäß mit »weitermachen wie bisher«. Weil sie nichts anderes können. Weil sie nichts anderes gelernt und kennengelernt haben.

Möglicherweise macht es die Faszination der AfD aus, dass die großen Parteien zu den großen Fragen gar keine erkennbare Stellung mehr beziehen und die kleinen Parteien in ihren Nischen kauern. Vielleicht darf sich auch deshalb die AfD nach den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2014 mit einer gewissen Berechtigung als »kleine Volkspartei« bezeichnen, die Wähler von der CDU bis hinüber zur Linkspartei abgeworben hat.

Dass die Politiker auf die Entwicklungen in der großen weiten Welt keine Antwort haben, ist noch lange nicht das Schlimmste. Sie werden unsere Gesellschaft allein deswegen auseinanderfallen lassen, weil sie sich schlichtweg nicht vorstellen können, dass sie auseinanderfallen kann. Sie haben den Satz von Ludwig Erhard aus der deutschen Wirtschaftswunderzeit formal auswendig gelernt und auf alle anderen Lebensbereiche übertragen: »Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie.« Aber die anderen 50 Prozent sind knallharte Mathematik. Und wenn die Rechnung präsentiert wird, dann kommt man mit Psychologie nicht mehr weiter.

Doch unsere Politiker scheinen fest davon überzeugt zu sein, dass sie auf alle Zeiten mit ein wenig Psychologie durchkommen. Man geht den Problemen, dem Bürger und dem Streit, der beim Bürger nicht gut ankommt, lieber aus dem Weg. Wo gestritten wird, da in der Regel um des Kaisers Bart. Der Schaukampf, der da veranstaltet wird, fällt dafür dann umso heftiger aus.

Vielleicht ist es kein besonders origineller Aufhänger für ein Buch, zu behaupten, dass sich Politik nicht mehr mit irgendeiner Sache, sondern im Kern nur noch mit den Aussichten für die nächste Wiederwahl beschäftigt. Die Zeitungskommentare sind voll davon, dass die Innenpolitik in Zeiten der Großen Koalition zum Erliegen kommt. Aber das klingt so, als wäre diese Große Koalition Ursache und nicht nur Symptom dieses politischen Stillstandes. Wo er herkommt und wo er hinführt, hat tiefere Ursachen, mit denen man sich befassen muss, wenn die großkoalitionäre Tiefkühlstarre kein Dauerzustand bleiben soll. Man kann es bestaunen, belächeln und bedauern, aber man darf es den Politikern nicht durchgehen lassen, wenn sie die wichtige Aufgabe, die unsere Gesellschaft ihnen überträgt, zu dem verkommen lassen, von dem Erwin Pelzig – Alter Ego des Kabarettisten Frank-Markus Barwasser – sagt: »Politik wird zur fröhlichen Moderation der eigenen Bedeutungslosigkeit.«

ERSTER TEIL

»Denn eins ist sicher: die Rente«

Bundesweite Plakataktion von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, 1986

Worum es in der Politik geht

Von Nieten und Nadelstreifen: die Generation Chaos

Ich gehöre einer Politikergeneration an, die ein Chaos hinterlassen wird. Ich bin 46 Jahre alt, und »meine Generation«, das sind diejenigen, die mit und nach der Wiedervereinigung politisch sozialisiert worden sind und die man an der Schnittstelle zwischen den Babyboomern und der Null-Bock-Generation verorten würde. Wir sind groß geworden mit Helmut Kohls Versprechen von den blühenden Landschaften und mit dem Ende der Geschichte, das der US-Politologe Francis Fukuyama mit dem scheinbaren Sieg der westlichen Lebensweise über den Kommunismus ausgerufen hat. Der 11. September 2001 und der Krieg gegen den Terror sind für uns nur ein weit entferntes Hintergrundrauschen der Weltgeschichte, während das Schicksal der SPD nach den Hartz-Reformen und Gerhard Schröders Agenda 2010 für uns politische Urerfahrungen sind. Meine Generation, das sind die gegenwärtig aktiven Politiker, die ich schon seit meiner eigenen Zeit in der Jugendorganisation kenne und über die ich aus eigener Anschauung reden kann. Politiker, die jetzt wichtige Weichen zu stellen hätten.

Das Problem ist älter als wir. Der kürzlich verstorbene Richard von Weizsäcker sorgte als Präsident des damals noch nicht allzu lange wiedervereinigten Deutschland am 16. Juni 1992 mit folgendem Satz für großes Aufsehen und höchste Erregung in der politischen Klasse: »Nach meiner Überzeugung ist unser Parteienstaat von beidem zugleich

geprägt, nämlich machtversessen auf den Wahlsieg und machtvergessen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen Führungsaufgabe.«

Der Bundespräsident fand damals, das müsse einmal gesagt werden. Seine Politikerkollegen fanden, der Herr Präsident sei ein Nestbeschmutzer, weil er doch sein Politikerleben lang nicht anders sozialisiert worden sei als sie selber.

Meine Generation ist bei der seinen in die Lehre gegangen, hat dort ihre politische Sozialisierung erfahren und das Gelernte weiterentwickelt und zur Perfektion gebracht. Das politische Spiel um die Macht ist heute praktisch ausschließlich ein Spiel um Machterringung und Machterhaltung. Es fehlt das dritte, wesentliche Element: die Machtausübung. Und deshalb verkommen die beiden anderen zur Makulatur. Entsprechend »machtversessen und machtvergessen« gehen Politiker mit den öffentlichen Ämtern um, die ihnen vom Wähler übertragen werden.

Nun ist es keine besonders originelle Erkenntnis, dass Politiker sich zuallererst um ihr eigenes Fortkommen sorgen. Vielleicht kümmern sie sich daneben noch um Einzelinteressen, um Menschen und Gruppierungen, zu denen sie besondere Bindungen haben. Aber vor allem und bei allem, was sie tun, kümmern sie sich um die eigene Außendarstellung, die ihnen die nötigen Stimmen für die Wiederwahl bringen soll. Dass man sich über große Zusammenhänge Gedanken macht, interessiert außerdem die Wählerschaft zu Hause nicht. Eher, wann es endlich mit der Ortsumgehung losgeht.

Wie weit dieses Verhalten bei Politikern aber system- und zunehmend erziehungsbedingt ist, wird selten angesprochen, eher achselzuckend hingenommen. Die »große Politik« ist nicht so unmittelbar erlebbar wie der

lang ersehnte Spatenstich für die besagte Ortsumgebung. Doch ihre Weichenstellungen sind ungleich wichtiger für die Zukunft. Deswegen sind die system- und erziehungsbedingten Defizite meiner Generation gefährlich.

Nils Minkmar hat in seinem 2013 erschienenen Buch *Der Zirkus* den Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2013 Peer Steinbrück porträtiert, den er ein Jahr lang begleitete. Das Buch wurde mit dem werbewirksamen Hinweis angepriesen, der Autor habe exklusiven Zugang zu wichtigen Terminen und Besprechungen, zu Beratern, Mitstreitern und Konkurrenten des Kandidaten gehabt und sei teilnehmender Beobachter gewesen. Ihm sei damit eine unvergleichliche Innenansicht des politischen Systems in Deutschland gelungen. Verdammt, dachte ich mir, da schnappt mir einer mein Thema weg. Als ich am Ende des Buches den Satz las: »Ich hätte keinen schlechten Spruch, kein dunkles Geheimnis verschwiegen, niemanden geschont. Ich habe alles so aufgeschrieben, wie ich es erlebt habe«, da wusste ich: Der Autor war nicht in jenen Momenten dabei, wo wir Politiker uns unbeobachtet fühlen. Wo wir miteinander – jedenfalls mit denen, mit denen wir gerade vereint marschieren – und über die Politik und die Menschen, für die sie doch offiziell gemacht wird, reden, wie man es sich von Chirurgen vorstellt, wenn der Patient in Narkose vor ihnen auf dem OP-Tisch liegt: zynisch, kalt, abgebrüht.

Einmal mehr wunderte ich mich, wie gut diese Welt der Politik sich hinter ihrem Schleier verstecken kann. Denn es sind bei Weitem nicht nur die Politiker selbst – obwohl sie eigentlich das größte Risiko für die Verschwiegenheit darstellen –, die hinter den Schleier blicken, sondern auch eine Vielzahl von Mitarbeitern aus dem Apparat. Das

Schweigekartell hält. Der Patient erfährt nie, was in der Narkose über ihn gesagt oder mit ihm angestellt wurde – obwohl hier wie da unterstellt wird, dass es sich genauso verhält, ohne dass man letzte Gewissheit hat. Vielleicht will es der Patient auch lieber gar nicht wissen. Dem Patienten »Staatsbürger«, den die Politik narkotisiert, würde alles andere nur den Schlaf rauben.

Kaum hatte ich zum ersten Mal an meinem Schreibtisch im Bayerischen Innenministerium Platz genommen, da gaben sich die engsten Mitarbeiter des Staatssekretärsbüros auch schon die Klinke in die Hand, um sich dem neuen Chef vorzustellen. »Grüß Gott, ich bin für Ihre Stimmkreisanliegen zuständig«, meldete sich eine Beamtin des gehobenen Dienstes in meinem Büro.

Stimmkreisanliegen? Das wunderte mich doch zunächst sehr, weil das Ministerium ja schließlich nicht dafür da ist, meine Abgeordnetentätigkeit für mich zu erledigen. So etwas scheint aber in allen Ministerien gang und gäbe zu sein. Man ist ja auf einmal besonders wichtig, wenn man so einen Stuhl in einem Ministerium besetzt.

Auf Nachfrage erfuhr ich: »Ja, der Herr Staatssekretär wird merken, dass er jetzt so viel mit seiner Tätigkeit als Staatssekretär zu tun haben wird, dass er die ganzen Bittsteller aus dem Stimmkreis gar nicht mehr bewältigen kann. Also mach ich das jetzt.« Dann folgte ein Satz, der mich förmlich umhaute: »Sie müssen mir bei den einzelnen Anliegen nur jeweils sagen, ob Sie es ernst meinen oder ob ich einen Brief schreiben soll.«

Donnerwetter, die Frau weiß wirklich, wovon sie spricht, dachte ich mir. Die kennt auf jeden Fall den Unterschied zwischen dem echten Einsatz für ein Bürgeranliegen und dem Alibibrief, mit dem man höchsten Einsatz vorgaukelt und den Bittsteller abwimmelt. Wer immer dieses System

im Ministerium eingerichtet hat, war entweder ein Politprofi höchster Qualifikationsstufe, oder die Mitarbeiter hatten bei vielen früheren Chefs bereits durch den Schleier gesehen und wussten, wie der Hase läuft. Sie sind, wenn man so will, die OP-Schwestern, die zwangsläufig zuhören, wenn die Chirurgen ihre Witze reißen.

Vieles, was den außenstehenden Beobachter, der nicht hinter diesen Schleier blickt, an der heutigen Politik verwundern mag, erklärt sich daraus, wie Politiker politisch sozialisiert worden sind, wie wir unser Handwerk erlernt und welches Handwerkszeug wir mitbekommen haben, worauf es uns ankommt und was für uns zählt.

Im Grunde bleibt alles ein Sandkastenspiel, nur irgendwann ist es ein Spiel für große Jungs. Der Spielzeugbagger und die Plastikschaufel, die man noch schwingt, wenn man auf den Landes- und Bundesversammlungen der politischen Jugendorganisationen Papiere produziert und Beschlüsse fasst, weichen im Laufe einer politischen Karriere dem echten, schweren Gerät, mit dem man Gunstbeweise verteilt und entzieht, von den Fördermitteln für die Ortsumgebung bis hin zu milliarden schweren Wahlgeschenken für die eigene Klientel. Damit verschafft man sich Gefolgschaft in der eigenen Partei, so wie früher auf dem Bolzplatz der stärkste Spieler seine Mitspieler auswählen durfte und jeder in seinem Team dabei sein wollte.

Die Herangehensweise an die Arbeit ändert sich im Laufe eines politischen Lebens kaum noch. Die gleiche, fast kindliche Unbefangenheit, mit der man in der Jugendorganisation Beschlüsse fasste, von denen man wusste, dass sie ohnehin größtenteils für den Papierkorb waren, legt man auch später an den Tag, wenn man am

echten Steuerknüppel sitzt. Wenn das Handwerkszeug bisher ausgereicht hat, um auf den Fahrersitz zu kommen, dann wird es ja wohl auch genügen, um das Ganze zu lenken.

Der Volksmund hat diese Logik schon vor langer Zeit in den schönen Satz gegossen: »Wem der liebe Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand.« Schade nur, dass der »liebe Gott« so wenige Ämter direkt vergibt, auch wenn die meisten das nach ein paar Jahren im Amt zu glauben scheinen.

Vor allem wissen wir nicht mehr, woher wir kommen, und haben deshalb auch keinen Plan, wo es hingehen soll mit uns und dieser Gesellschaft. Weil wir nicht erwachsen werden mussten. »18 'til I die« singt der Kanadier Bryan Adams. Eine Hymne, hoffentlich kein Abgesang auf meine Generation und ihr Lebensgefühl. Wer im Kopf immer noch 18 ist, auch wenn der Körper langsam zu schwächeln beginnt, der kann sich nicht vorstellen, dass er irgendwann aus dem »Hotel Mama« ausziehen muss und vielleicht sogar am Ende noch eine Hotelrechnung präsentiert bekommt. Schlimmer noch: dass er den Betrieb in diesem Hotel übernehmen soll, von der Geschäftsführung bis zum Putzen. Wo doch bisher alles scheinbar nach einfachen Regeln praktisch von alleine gelaufen ist.

Wir werden die Rechnung für die Generationen vor uns und auch für unsere eigene serviert bekommen – sei es in ökonomischer, ökologischer oder sozialer Hinsicht. Wir werden sie dann nicht nachrechnen und verstehen, geschweige denn bezahlen können.

Nach uns kommt eine »Generation Merkel«, die nur mit dieser Kanzlerin und ihrer Art, Politik zu machen, aufgewachsen ist – ähnlich wie wir mit der 16 Jahre andauernden Regierungszeit Helmut Kohls.

Wissenschaftliche Studien beschreiben diese Generation heute schon als »Egotaktiker«, die kein »Wir-Gefühl« mehr kennen, weil sie keine kollektive Sozialisierung erfahren haben, die sich aus gemeinsamen Problemen und Erfahrungen speist. Bei den Babyboomern, der ersten Generation, die nach dem Krieg zwischen 1955 und 1970 im Wohlstand aufgewachsen ist, schlugen die postmaterialistischen Werte durch; Umwelt- und Friedensbewegung wurden zu prägenden Lebenseinstellungen. Die Null-Bock-Generation der zwischen 1970 und 1985 Geborenen gilt zwar als hedonistisch und orientierungslos, teilt sich dieses Lebensgefühl aber immerhin noch über eine Art kollektiver Sozialisierung. Wie werden Menschen, die sich überhaupt nicht mehr als Teil eines Ganzen verstehen, mit dem Scherbenhaufen umgehen, den wir hinterlassen? Wie sollen sie einmal das auffangen und reparieren, was wir haben kaputtgehen lassen?

Unsere Welt zerbröselt uns unter den Händen, und wir haben dem nichts entgegenzusetzen. Unsere Wirtschaft ist zunehmend auf Finanzwetten statt auf Wertschöpfung, unsere Sozialsysteme sind auf Schulden und beides ist auf Sand gebaut. Die Wechsel auf die Zukunft werden noch in den aktiven Zeiten meiner Generation platzen. Staatliche Strukturen in den ärmsten Ländern dieser Welt lösen sich auf. Das Flüchtlingsproblem kann sich in absehbarer Zeit zu einer echten Völkerwanderung auswachsen. Und wo, wie im sogenannten »Arabischen Frühling«, dank neuer Medien und Massenkommunikation alte diktatorische Systeme stürzen, wächst in der Regel keine neue Ordnung, sondern es kommt entweder zu permanenten Bürgerkriegen oder zu Zuständen, die den alten sehr bald wieder ähneln. Weder die freie Internet Community noch

die Amerikaner mit ihren Bomben auf Bagdad und Kabul haben es geschafft, mit der gewaltsamen Beseitigung eines Diktators sofort jedem Kind klarzumachen, dass Freiheit und Demokratie westlicher Prägung die einzige Art zu leben sind, weil sie quasi der menschlichen Natur entspringen. Und um Bert Brecht zu zitieren: »Erst kommt das Fressen und dann die Moral.« Sprich, das Thema Umweltzerstörung wird in den Hintergrund treten, weil die staatlichen und sozialen Systeme schneller verfallen als die Umwelt und man für abstrakte, ferner liegende kollektive Problemstellungen wie den Umweltschutz Geld und Zeit übrig haben muss: Einen persönlichen Mehrwert sieht man darin, sein Geld für einen Gärtner auszugeben, der einem den Garten anlegt, aber nicht darin, das gleiche Geld auszugeben, um den Regenwald zu retten. Solange das so ist, wird der Umweltschutzgedanke immer davon abhängig sein, dass der Staat ihn stützt und hegt, und wenn die staatliche Autorität versagt, geht dieser Gedanke gleich mit unter. Wer das nicht glaubt, der möge sich einmal in einem beliebigen afrikanischen Land nach Mülltrennung erkundigen.

Wir hinterlassen unseren Kindern eine marode Infrastruktur, Berge von Schulden, eine stark angeknackste Umwelt und mittelfristig kaputte soziale Sicherungssysteme, weil wir auch kaum noch Kinder hinterlassen. So betrachtet, ist das vielleicht sogar besser.

Wir sehen, wie unsere Welt zerbröselt, aber wir verstehen nicht, warum. Schließlich haben wir uns nie die Mühe machen müssen zu verstehen, warum denn bisher alles so schön funktioniert hat. Wir sind nicht die Ingenieure, die sie erdacht und aufgebaut haben, sondern benehmen uns wie die Flickschuster, die da und dort ein Pflaster aufkleben oder ein Reparaturblech aufschweißen, ohne zu

wissen, ob sie damit eine lecke Stelle abdichten oder ein wichtiges Gelenk für immer versteifen. Aber wir hoffen, dass das System uns schon noch überleben wird. Auch nach der Katastrophe von Fukushima war hier und da zu lesen, dass die Sache auch deshalb derartige Ausmaße annehmen konnte, weil von der ursprünglichen Ingenieursgeneration niemand mehr da war.

Viel schlimmer noch: Wir sehen, dass unsere Welt zerbröselt, aber wir nehmen die Anzeichen nicht ernst. Bei uns kann doch nichts passieren, da sind wir uns ganz sicher. Wir kennen nur diese Bundesrepublik, jedenfalls diejenigen von uns, die im Westen geboren sind. Und wir sind uns sicher, dass alles immer so weitergehen wird. Allerdings waren sich wohl auch Generationen von Russen, die nichts anderes kannten, sicher, dass es mit der Sowjetunion immer so weitergehen würde. Man bedenke: Wir hatten in den letzten hundert (!) Jahren fünf höchst unterschiedliche Staatsformen auf deutschem Boden. Vor hundert Jahren gab es noch einen Kaiser, dann kam die Weimarer Republik, die NS-Diktatur, die »alte« Bundesrepublik, die mehr oder weniger heute in der »Berliner Republik« ihre Fortsetzung findet, und die DDR. Hundert Jahre, das ist weltgeschichtlich eine sehr kurze Zeit. Daher sollten wir selber am besten wissen, dass Staaten und Gesellschaftsformen nichts für die Ewigkeit sind.

Mit unserem Desinteresse an Grundsätzen, Inhalten und Sachfragen hinterlassen wir nachfolgende Generationen, die noch ratloser sein werden als wir. Meine Tochter ist das beste Beispiel. Gegen Ende der sechsten Klasse fuhr ich sie eines Morgens zur Schule. »Und, was hast du heute in der ersten Stunde?«, fragte ich sie. »Geschichte«, kam die knappe Antwort. »Und was macht ihr da gerade?«,

versuchte ich die Unterhaltung am Laufen zu halten. »Wir sind gerade mit den Griechen fertig und fangen mit den Römern an.« - »Griechenland, die Wiege der Demokratie. Da habt ihr doch sicher die Verfassungen der Stadtstaaten durchgenommen?« - »?« - »Solon, Athen?« - »??« - »Die Perserkriege?« - »???« - »Seeschlacht bei Salamis?« - »????« - »Alexander der Große?« - »Ja, von dem haben wir mal in einer Stunde was gehört.«

Offenbar ist in den heutigen Lehrplänen nicht mehr vorgesehen, Wissen über unsere Wurzeln und unsere historische Entwicklung zu vermitteln. Das Internet und Google ersetzen fundierte Kenntnisse. Ob ein Gerüst vorhanden ist, um dieses Wissen aufzuhängen, spielt keine große Rolle mehr. Und das hat Methode. Es hat nichts mit der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit zu tun, sondern ist die Herangehensweise meiner Generation an eine Welt, in der immer alles glattgelaufen ist. Ich bin überzeugt davon, dass ich die gleiche Reaktion geerntet hätte, wenn meine Tochter ein paar Jahre älter wäre und es bei dem morgendlichen Dialog um die Weimarer Zeit, die NS-Diktatur und die Wurzeln unseres Grundgesetzes gegangen wäre. Und spätestens da wird es in politischer Hinsicht kritisch.

Dass jemand wie der Lektor und Autor Rüdiger Dammann, der in Berlin seit Jahren soziale Projekte an sogenannten Brennpunktschulen in Neukölln, Wedding und Moabit betreut, im Hinblick auf historische und zeitgeschichtliche Zusammenhänge sagt: »Alles, was wir Allgemeinbildung nennen, ist eine einzige Katastrophe«, mag zunächst nicht verwundern, da es ja um »Brennpunktschulen« geht. Mit seinem »Demokratietraining an Grundschulen« versucht er, der »desaströsen Unkenntnis der Zeitgeschichte« entgegenzuwirken. Denn: »Menschen, die ihre Geschichte

nicht kennen, können auch keine Moral entwickeln. Es sind geschichtslose Wesen, die weder ihre eigene Herkunft noch die ihrer Religion kennen.«

Aber auch an höheren Schulen und in weniger problematischen Vierteln nimmt das Interesse an Geschichte und damit das Wissen um ihren Einfluss auf unsere Lebensumstände immer mehr ab. Klaus Schroeder, Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat in Berlin, meint: »Wenn große Teile der Jugendlichen gar nicht wissen, dass sie in einem historischen Ausnahmezustand demokratischer Freiheiten leben, dann ist etwas schiefgelaufen.« Die Demokratie verkaufe sich schlecht, von der Schule über die Medien bis zur Politik.

Schroeder hat recht: Nicht alleine die Schulen, sondern vor allem die Politik ist dafür verantwortlich, den Menschen die Demokratie gut zu »verkaufen« und die wesentlichen Zusammenhänge und Grundlagen unseres Staates und unserer Gesellschaft zu erklären. Man kann lange darüber diskutieren, wofür die Schule heutzutage noch alles herhalten muss.

Wenn aber die grundsätzlichen Zusammenhänge unserer Demokratie nicht mehr auf dem Lehrplan stehen, dann versagt vor allem die Politik, die über diesen Lehrplan befindet. Eine Schelte für die Schulen, die Pläne umsetzen müssen, ist hier weniger angebracht. Es ist Sache der Politik, sich selbst zu erklären, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln, nicht nur im Tagesgeschäft, sondern auch, wenn es grundsätzlich wird. Unsere Großeltern wurden nach dem Zweiten Weltkrieg noch flächendeckend zu Demokraten (um-)erzogen, unsere Eltern in den Zeiten der 68er rieben sich an dem, was diese »Umerziehung« unverarbeitet ließ. Grundsätzliche Themen von Staat und Gesellschaft standen bei diesen Generationen immer mit auf der Tagesordnung.